



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2024

Bau- und Verkehrsdirektion BVD

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	8. Januar 2025
Geschäftsnummer:	2023.STA.1539
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	6
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	7
5.	Planungserklärungen	11
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	13

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2024 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
127-2019 M	DEPU (Gullotti, Tramelan) Lösungen für die Zukunft des Klosters Bellelay	04.09.2019	31.12.2023	Die Suche nach einer geeigneten Nachnutzung für die infolge des Wegzugs der Abteilung «Psychiatrische Gesundheit» des Hôpital du Jura Bernois (HJB) leerstehenden Gebäude am Standort «Abbaye de Bellelay» sind im Gang. Teilweise sind Nutzungen oder Zwischennutzungen bereits vorhanden. Am 15. Mai 2024 wurde die dritte und letzte «commission plénière» in Bellelay abgehalten. An dieser wurde regionalen Vertretern aus Wirtschaft und Politik die bisher vom Jb.B erfolgten Arbeiten und angesiedelten Projekte präsentiert sowie die zu ergreifenden weiteren Massnahmen zur Umsetzung des laufenden Projekts aufgezeigt. Letztere umfassen unter anderem die Anpassung des bestehenden Mandats mit dem Jb.B sowie den Abschluss einer Planungsvereinbarung mit der Standortgemeinde in Hinblick auf die Anpassung der bestehenden baurechtlichen Grundordnung. Die Forderungen der Motion, Lösungen zu suchen und zu unterstützen, sind damit erfüllt.
246-2019 M	Stucki (Stettlen, glp) Baustoffrecycling konsequent einsetzen und damit Materialkreisläufe schliessen	05.03.2020 Punktwweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Ablehnung	31.12.2024	Die Aufgaben zur Erreichung der Klima-Ziele netto Null bei den kantonalen Liegenschaften fliessen in den Arbeitsalltag der zuständigen Stellen ein. Die Themen «Baustoffrecycling» und «Schliessung der Materialkreisläufe» sind in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie des AGG enthalten und werden laufend weiterentwickelt. Das Thema ist in die täglichen Prozesse aufgenommen und wird zudem auch im neuen Netzwerk «Kreislaufwirtschaft im Bau Kanton Bern» weiter bearbeitet, bei dem sich die BVD aktiv einbringt.
277-2019 M	Riem (Iffwil, BDP) Kantonale Bauten - Wunschkonzert der Nutzer?	08.06.2020	31.12.2024	Die zentralen Anliegen der Motion wurden in die Prozesse zur Prüfung von Raumbedarfsanträgen und zur Genehmigung von Baukrediten überführt. Anforderungen wie die Einhaltung des kantonalen Flächenstandards, der Rückschlüsse auf die Wirtschaftlichkeit des Flächenverbrauchs erlaubt, sind etabliert. Erarbeitete Nutzungsstrategien werden dem Regierungsrat vorgelegt und sind Voraussetzung für das Einstellen von Investitionsvorhaben in die Gesamtkantonale Investitionsplanung (GKIP). Seit 2022 läuft das Projekt «Räumliche Verwaltungsstrategie Bern», welches die Umsetzung der Aufgabe von Standorten in der Altstadt konkretisiert hat.
301-2019 M	Kohler (Meiringen, Grüne) PV-Anlagen auf bestehenden Infrastrukturen möglich machen	08.06.2020	31.12.2024	2023 wurde das Photovoltaikpotenzial von 750 kantonalen Liegenschaften (Gebäudedächer und Fassaden) systematisch erhoben. Die Ergebnisse werden bei anstehenden Projekten berücksichtigt. Gemäss Praxis wird bei jedem Neubau, bei jeder Grossinstandsetzung und bei jeder Sanierung eines Daches einer kantonalen Liegenschaft der Bau einer Photovoltaikanlage überprüft und in der Regel auch in grösstmöglichem Umfang realisiert. Ausnahmen ergeben sich aus ungünstiger Besonnung, Auflagen der Denkmalpflege oder beabsichtigten Veräusserung der Liegenschaft und unterliegen auch rechtlichen Vorgaben. Zudem hat das Tiefbauamt das Potenzial für Photovoltaik-Anlagen auf Infrastrukturen entlang der Kantonsstrassen erhoben und die geeigneten Objekte ausgeschrieben. Das Bewerbungsverfahren ist abgeschlossen und drei der fünf ausgeschrieben Lose konnten Drittinvestoren zugesprochen werden.

162-2020 M	Vanoni (Zollikofen, Grüne) Kantonale Velo-Offensive II: Mit der Schliessung von Netzlücken und der Schaffung von Velovorrangrouten rascher vorwärts machen!	30.11.2020 Punktweise beschlossen Ziffern 1 und 3 bis 5: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme Ziffer 6: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2024	Schwachstellen und Netzlücken im Velowegnetz werden systematisch behoben. Gegenüber früheren Jahren wurden die dafür erforderlichen finanziellen Mittel auf rund CHF 15 bis 20 Mio. pro Jahr erhöht. Die zu prüfenden Korridore für Velovorrangrouten sind im Sachplan Veloverkehr festgelegt worden. Mehrere Machbarkeitsstudien sind bereits abgeschlossen, andere sind geplant. Bis Ende 2027 sollten zu allen Korridoren des Sachplans Ergebnisse vorliegen. Die personellen Ressourcen im TBA wurden auf die in der Finanzplanung vorgesehenen Veloprojekte abgestimmt. Die Abklärungen für den Vollzug der als Postulat angenommenen Ziffern sind damit abgeschlossen und das Anliegen der als Motion angenommenen Ziffer ist erfüllt.
170-2020 M	Grüne (Kohler, Meiringen) Solaroffensive: Kanton muss jetzt handeln	30.11.2020	31.12.2024	In den Jahren 2019 und 2020 wurde die Zahl von Photovoltaikanlagen mit entsprechender Solarfläche deutlich gesteigert. 2023 wurde das Photovoltaikpotenzial von 750 kantonalen Liegenschaften (Gebäudedächer und Fassaden) systematisch erhoben. Die Ergebnisse fliessen in anstehende Projekte ein: Bei den Gebäuden in Planung werden stets Photovoltaikanlagen geprüft und wenn immer möglich mitgeplant. Somit werden laufend neue Anlagen installiert und in Betrieb genommen. In den letzten Jahren wurde die Praxis dahingehend angepasst, dass bei jedem Neubau, jeder Grossinstandsetzung und bei jeder Sanierung eines Daches einer kantonalen Liegenschaft der Bau einer Photovoltaikanlage wenn immer möglich in grösstmöglichem Umfang realisiert wird. Auf dieser Basis wird das Anliegen der Motion umgesetzt. Zudem hat das Tiefbauamt das Potenzial für Photovoltaik-Anlagen auf Infrastrukturen entlang der Kantonsstrassen erhoben und die geeigneten Objekte ausgeschrieben. Das Bewerbungsverfahren ist abgeschlossen und drei der fünf ausgeschriebenen Lose konnten Drittinvestoren zugesprochen werden.
291-2020 P	von Arx (Schliern b. Köniz, glp) Stufengerechtes, transparentes Management der Hochschulimmobilien	15.06.2021 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Ablehnung Ziffer 3: Annahme	31.12.2024	Die BVD hat zusammen mit der BKD auf Basis der bereits vorhandenen Kenndaten ein Reporting-Dokument erstellt, das dem Grossen Rat bzw. den Fachbereichskommissionen BaK und BiK jährlich unterbreitet wird.
003-2021 M	Imboden (Bern, Grüne) Umweltschutz sichern: Kontrollen und Aufsicht im Bereich Entsorgung verbessern!	15.06.2021 Annahme als Postulat	31.12.2024	Der Bericht der GPK zur Rolle des Kantons rund um die Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Steinbruch Mittholz / Blausee vom 10. Februar 2022 verlangt in der Empfehlung 2 das bestehende System der Kontrollen im Abbau- und Deponiewesen zu verbessern und die Aufsicht zu stärken. Mit unangemeldeten Kontrollen in Materialabbaustellen mittels externer Unterstützung wurden in den Jahren 2022 und 2023 rund 60 Betriebe kontrolliert. Basierend auf diesen Erfahrungen wurde Artikel 34 der Bauverordnung vom 6.3.1985 (BauV; BSG 721.1) per 1. Mai. 2024 angepasst. Eine Stelle zur Kontrolle von Materialabbaustellen und Unterstützung von Gemeinden wurde mit dem Budget 2025 genehmigt. Ordentliche und unangemeldete Kontrollen mit dem Inspektorat des Fachverbands «Baustoff Kreislauf Schweiz» werden weitergeführt.
223-2021 M	Egger (Hünibach, SP) vom 26.11.2021 ÖV- und Velo-Offensive am Thunersee	09.03.2022 Punktweise beschlossen Ziffer 1 und 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 4: Annahme	31.12.2024	Die mit Ziffer 1 (Priorisierungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr) und Ziffer 2 (durchgehender Radstreifen) eingebrachten Anliegen wurden umgesetzt. Daneben werden ab Frühjahr 2025 zeitlich beschränkte Massnahmen mit digitalen Signalen zur Steuerung des Verkehrs realisiert. Die entsprechenden Kredite wurden bewilligt. Die Abklärungen für den Vollzug der als Postulat angenommenen Ziffern sind damit abgeschlossen und das Anliegen der als Motion angenommenen Ziffer 4 ist erfüllt.
158-2021 M	Baumann (Münsingen, EDU) vom 17.06.2021 Flächendeckendes Wasserstofftankstellennetz bis 2025 in der Schweiz aufbauen	15.03.2022	31.12.2024	Die gewünschten Abklärungen beim Bundesamt für Strassen sind erfolgt. Sie haben ergeben, dass der Bund momentan keine Anschubfinanzierung für den Bau von Wasserstofftankstellen vorsieht. Der Bund erwägt allerdings, im Rahmen der «Wasserstoffstrategie für die Schweiz» (in Arbeit), in den Schwerverkehrskontrollzentren entlang der Nationalstrassen den potenziellen Betreibern von Wasserstofftankstellen den notwendigen Platz für den Bau kostenlos zur Verfügung zu stellen. Damit soll im internationalen Transit eine Betankungsmöglichkeit für Brennstoffzellen-Lastwagen in der Schweiz ermöglicht werden. Die Konferenz der Kantonsingenieure (KIK), in der auch der Kanton Bern Mitglied ist, führt zudem einen regelmässigen Austausch zum Thema E-Ladestationen und Wasserstofftankstellen. Das Anliegen der Motion wird damit erfüllt.
165-2021 M	Steiner (Boll, EVP) vom 06.07.2021 Radweg Vechigen–Krauchthal: letzte Meile	15.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) hat das Projekt in den Entwurf des nächsten regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts (RGSK) aufgenommen. Dessen definitive Fassung wird 2025 vorliegen. Im Anschluss kann die Massnahme in den kantonalen Sachplan Velowegnetz aufgenommen werden. Schliesslich muss die Umsetzung im Kontext aller angemeldeten Veloprojekte und der verfügbaren Mittel priorisiert werden. Die betroffenen Gemeinden und die RKBM wurden vom Tiefbauamt entsprechend informiert. Die Abklärungen für den Vollzug des Postulats sind damit abgeschlossen.

213-2021 M	Matti (Zweisimmen, Die Mitte) vom 16.09.2021 Starker Tourismus im Kanton Bern / Gleichbehandlung des touristischen Verkehrs	15.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Das zuständige Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination hat die Anliegen der als Postulat überwiesenen Motion geprüft. Es bestünden grundsätzlich vier Handlungsoptionen. Erstens könnte Artikel 9 des Gesetzes vom 16. September 1993 über den öffentlichen Verkehr (BSG 762.4) aufgehoben werden. Dies entspricht jedoch nicht dem politischen Willen, die Schifffahrt auf dem Bieler-, Thuner- und Brienzensee sowie die «Schynige-Platte-Bahn» oder die «Brienzi-Rothorn-Bahn» als touristisch wichtige Anlagen langfristig zu erhalten. Zweitens könnte die Finanzierung weiterer Anlagen (z.B. Seilbahnen) über das ÖVG ermöglicht werden, was jedoch nicht dem Grundsatz einer effizienten Verwaltungsführung entspricht, weil das touristische Know-how nicht bei der Bau- und Verkehrsdirektion angesiedelt ist. Drittens könnte die Unterstützung neu über das Tourismusentwicklungsgesetz vom 20. Juni 2005 (BSG 935.211) erfolgen, was allerdings nicht der Forderung des Postulats entspricht und in Fachkreisen nicht als zweckmässig erachtet wird. Folglich kann geschlossen werden, dass der Status quo als vierte Möglichkeit die beste Option darstellt. Die im Rahmen des Postulats notwendigen Abklärungen sind damit abgeschlossen.
002-2022 M	Müller (Innerberg, SP) vom 05.02.2022 Umsetzung der fünf Veloverkehr-Planungsstudien der RKBM	13.06.2022	31.12.2024	Der Kanton Bern hat die Koordination der Umsetzung der fünf Velohaupttrouten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) übernommen, die Zuständigkeit für die Umsetzung der Massnahmen liegt weiterhin bei den einzelnen Massnahmenträgern (Kanton, Gemeinden). Der Kanton hat dazu unter Einbezug der RKBM eine Umsetzungsplanung (Masterplan) erarbeitet und entsprechende Informationsanlässe durchgeführt. Eine Verlegung der Massnahmen in den A-Horizont des Agglomerationsprogramms der 4. Generation wurde vom Bundesparlament nicht umgesetzt. Die zweite Forderung der Motion ist daher nicht umsetzbar. Das Anliegen der Motion ist ansonsten erfüllt.
260-2021 P	Flück (Interlaken, FDP) vom 08.12.2021 Kantonale Studie «Businfrastruktur»	08.09.2022	31.12.2024	Das Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination hat im Jahr 2022 bei den Transportunternehmen eine Umfrage zur Identifikation der Stautrecken im Busverkehr durchgeführt. Umfangreiche und zweckmässige Massnahmen werden gemeinsam mit den Regionen und Strasseneigentümern in die regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK) aufgenommen. Die Eingaben der Regionen erfolgten im Jahr 2024. Kleine Massnahmen wurden zur Bearbeitung an den zuständigen Strasseneigentümer weitergeleitet.
117-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 13.06.2022 Solar-Stromproduktion von Verwaltung ermöglichen	30.11.2022	31.12.2024	Die bis anhin gängige Praxis, Anlagen als Eigenverbrauchsanlagen zu bauen, wurde ab 2023 geändert. Nun wird bei sämtlichen kantonalen Neubau- und Sanierungsprojekten die grösstmöglich nutzbare Fläche auf Dächern mit Photovoltaikanlagen belegt. Zudem wurde das Photovoltaikpotenzial auf kantonalen Liegenschaften (Dächer und Fassaden) eingehend geprüft. Die Ergebnisse dienen der Umsetzung im Rahmen der neuen Praxis.
130-2022 M	Hässig Vinzens (Zollikofen, SP) vom 14.06.2022 Aarwangen – Sicherheit der Bevölkerung sofort erhöhen!	30.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Das Tiefbauamt hat bisher zusammen mit der Aare Seeland Mobil (asm) und der Gemeinde Aarwangen mehrere sicherheitsrelevante Optimierungen geprüft und umgesetzt, die nicht abhängig sind vom Gesamtprojekt (z.B. zusätzliche Drehlichter bei Bahnübergängen auf Gemeindestrassen). Bis zur Realisierung der Verkehrssanierung wird das Tiefbauamt auch weiterhin mögliche Übergangsmassnahmen prüfen und sofern möglich und sinnvoll umsetzen. Die Abklärungen für den Vollzug des Postulats sind damit abgeschlossen.
173-2022 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 05.09.2022 Solaranlagen an Fassaden erlauben	30.11.2022	31.12.2024	Auf Bundesebene wurde eine Änderung von Artikel 18a Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700) angenommen (Inkrafttreten 2025). Damit bedürfen künftig genügend angepasste Solaranlagen an Fassaden sowohl in Bauzonen als auch in der Landwirtschaftszone keine Bewilligung mehr. Das Anliegen der Motion ist damit erfüllt.
204-2022 M	Riem (Kiesen, SVP) vom 13.09.2022 Neuanfang auf dem Schwand für den Kanton Bern!	30.11.2022 Punktwweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme	31.12.2024	Ende 2022 fand die angekündigte Versteigerung der Liegenschaften auf dem Areal Schwand in Münsingen statt. Diese befinden sich weiterhin in Privateigentum. Weitere Arbeiten zur Prüfung und Umsetzung der Anliegen hinsichtlich der Inforama-Standorte wurden 2023 vorgenommen. Die Inforama-Strategie wurde an der Herbstsession 2023 vom Grossen Rat zur Überarbeitung zurückgewiesen. In einem intensiven Prozess unter Einbezug der verschiedenen Anspruchsgruppen wurde die Nutzerstrategie überarbeitet. Der ergänzende Bericht in Erfüllung der grossrätlichen Auflagen gibt Auskunft über die künftige Nutzung aller heutigen Standorte. Der Regierungsrat hat diesen Ende 2024 verabschiedet.
218-2022 M	Gerber (Hinterkappelen, Grüne) vom 14.09.2022 Keine Weiterverbreitung von Quagga-Muscheln	15.03.2023	31.12.2025	Die in der Motion verlangte Melde- und Bootsreinigungspflicht wurde am 23. September 2024 eingeführt. Sie basiert auf der Binnenschiffahrtsgesetzgebung. Die Änderung des Schifffahrtsdekrets wurde durch den Grossen Rat in der Wintersession 2024 beraten und die Zuständigkeiten in einer Verordnung des Regierungsrates festgelegt. Beides tritt per 1. Januar 2025 in Kraft. Die technische Lösung mittels einer Melde-Applikation wurde gemeinsam mit den Zentralschweizer Kantonen bereitgestellt und ist offen für alle anderen Kantone.
248-2022 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 28.11.2022 Weniger Fruchtfolgefläche für den A1-Ausbau Wankdorf-Grauholz auf 8 Spuren	15.03.2023	31.12.2025	Die Bevölkerung hat sich an der Volksabstimmung vom 24. November 2024 gegen das Ausbauprojekt gestellt. Der Vorstoss ist somit als erledigt abzuschreiben.
240-2023 M	Fuchs (Bern, SVP) vom 27.11.2023 Die Bargeldfunktion bei den BLS-Billettautomaten soll erhalten bleiben	06.06.2024	31.12.2026	Das Anliegen der Richtlinienmotion wurde gemeinsam mit der BLS geprüft, kann aber ohne massive negative Effekte bzw. grosse finanzielle Folgen für den Kanton nicht umgesetzt werden. Dies liegt unter anderem daran, dass die öffentliche Beschaffung der neuen Automaten zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion bereits weit fortgeschritten war und von mehreren Transportunternehmen gemeinsam erfolgte.

010-2024 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 04.03.2024 Ligerz soll in beide Richtungen am öffentlichen Verkehr angeschlossen bleiben	06.06.2024 Punktweise beschlossen Ziffer 1 und 2: zurückgezogen Ziffer 3 bis 5: Annahme	31.12.2026	Die Anliegen der Motion (Ziffern 3 bis 5) wurden mit dem Fahrplan 2025 per Mitte Dezember 2024 umgesetzt.
---------------	---	--	------------	---

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
084-2021 M	GPK (Siegenthaler, Thun) vom 29.04.2021 Transparenz bei kantonalen Raumkosten – Einführung eines Verrechnungsmodells	15.03.2022	31.12.2024	Die Arbeiten zu einem «Anreizsystem Raumkonsum» wurden gestartet. Ziel ist eine effektive Steuerung des Raumkonsums in den verschiedenen Teilportfolios. Der Regierungsrat befassete sich anfangs 2023 mit dem Thema. Die GPK wurde Ende Oktober 2024 über den Stand der Arbeiten orientiert. Die Arbeiten benötigt noch mehr Zeit.	F2
113-2021 M	Schilt (Utzigen, SVP) vom 07.06.2021 Verbesserung der ÖV-Erschliessung in Agglomerationsräumen und im ländlichen Raum	15.03.2022	31.12.2024	Die von den Regionen im Jahr 2021 lancierte Studie zur Verbesserung der Erschliessung des ländlichen Raums wurde im Sommer 2022 abgeschlossen. Die Schlussfolgerungen werden in den Regionalen Verkehrskonferenzen vertieft und fliessen in die Regionalen Angebotskonzepte ein, welche im Frühjahr 2025 beim Kanton als Grundlage für den Angebotsbeschluss 2027 – 2030 eingegeben werden. Die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen ist im Rahmen dieses Angebotsbeschlusses vorgesehen, der im Jahr 2026 im Grossen Rat behandelt wird.	F2
133-2021 M	Stampfli (Bern, SP) vom 14.06.2021 ÖV-Offensive für den Kanton Bern	15.03.2022	31.12.2024	In der kantonalen Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Stand der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur und zur Perspektive BAHN 2050 wurde das Anliegen der anzustrebenden Verkehrsverlagerung eingebracht. Die Vorlage wurde im Jahr 2024 vom Bundesparlament beschlossen. Der nächste Angebotsbeschluss und Investitionsrahmenkredit, mit welchem der Regierungsrat aufzeigen wird, wie der öffentliche Verkehr im Kanton Bern gestärkt werden kann, wird die Periode 2027 – 2030 umfassen und im Jahr 2026 im Grossen Rat behandelt.	F2
026-2022 M	Flück (Interlaken, FDP) vom 07.03.2022 Deponie von Geschiebe aus Naturereignissen – dringender Handlungsbedarf!	08.09.2022	31.12.2024	Eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe hat die Arbeiten aufgenommen. Ein erster interner Berichtsentwurf mit Umsetzungsvarianten liegt vor. Dieser wird derzeit weiterbearbeitet.	F2
029-2022 M	Die-Mitte (Riem, Ifwil) vom 07.03.2022 Konzessionen für Wasserkraftwerke – eine Strategie ist dringend	08.09.2022	31.12.2024	Die regierungsrätliche Delegation «Konzessionsstrategie Wasserkraft» hat unter Einbezug von Fachleuten aus der BVD, der DIJ und der WEU einen ersten Strategieentwurf erarbeitet und eine Konsultation durchgeführt. Aus dieser Konsultation resultierten Fragen, welche in einem nächsten Schritt noch geklärt werden müssen.	F1
044-2022 M	Feuz (Bern, SVP) vom 07.03.2022 Weiterführung der S-Bahn Richtung Inselempital-Köniz-West-Schwarzenburg	08.09.2022	31.12.2024	Die Zweckmässigkeitsbeurteilung der geforderten, neuen Bahninfrastruktur wurde im Frühjahr 2022 gestartet. Die Studie und die erfolgte Mitwirkung bildeten eine wichtige Entscheidungsgrundlage für das Projekt. Eine Behördendelegation hat anfangs 2024 aufgrund der Ergebnisse festgehalten, dass die Verlängerung des RBS in Richtung Inselempital – Köniz – Schwarzenburg nicht die beste Handlungsoption darstellt. In einem weiteren Schritt werden nun alternative Anschlussmöglichkeiten für das Inselareal und Köniz geprüft. Diese Arbeiten dauern noch an.	F2
055-2022 M	Abplanalp (Brienzwiler, SVP) vom 09.03.2022 Ausbildungsstandort Grosstier-Veterinärausbildung	08.09.2022	31.12.2024	Die Suche nach einem neuen Standort für die Nutztierklinik der Universität Bern ist in die Wege geleitet, präsentiert sich indes als herausfordernd und braucht noch Zeit.	F2

077-2022 P	von Arx (Schliern b. Köniz, glp) vom 17.03.2022 Ein Gymnasium Bern-West als Lösung für die drohende Schulraumknappheit	08.09.2022	31.12.2024	Die räumliche Evaluation von potenziellen Standorten für ein fünftes Gymnasium in Abhängigkeit des Bevölkerungswachstums, der Einzugsgebiete und der Verkehrsströme wurde gestartet. Inzwischen liegen die Ergebnisse der von der BKD in Auftrag gegebenen Studie BASS zur Schulraumplanung bis 2040 vor. Demnach besteht ein kurzfristiger Schulraumbedarf per Schuljahr 2027/2028. Aktuell liegt der Fokus deshalb auf der kurzfristigen Schulraumplanung bis 2027. Der Regierungsrat sowie die BiK und BaK sind informiert. Die Standortsuche insbesondere für einen fünften Gymnasiumsstandort ist noch im Gang.	F2
127-2022 M	Rothenbühler (Lauperswil, Die Mitte) vom 14.06.2022 CO ₂ -Monitoring bei kantonaler Bautätigkeit	30.11.2022	31.12.2024	Im Jahr 2024 wurde auf Stufe BVD ein Projekt zur Erarbeitung der nötigen Grundlagen und Hilfsmittel für die Umsetzung eines CO ₂ -Monitorings lanciert. Die Umsetzungsarbeiten dauern noch an.	F2
142-2022 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 15.06.2022 Verkehrssanierung Aarwangen – Anliegen ernst nehmen, ohne das Projekt zu beeinträchtigen	30.11.2022	31.12.2024	Die im Vorstoss angesprochenen Massnahmen sind im Projekt definiert und beizubehalten. Die Abklärung von flankierenden Massnahmen ist erst nach der Realisierung der Verkehrssanierung möglich. Hingegen prüft und realisiert das Tiefbauamt auch laufend und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Aarwangen und Thunstetten sowie der Aare Seeland Mobil (asm) weitere Optimierungsmassnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.	F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
304-2019 M	Knutti (Weissenburg, SVP) Verbesserung beim Neubau des Polizeizentrums Niederwangen	04.06.2020	31.12.2024	Mit dem im Juni 2023 genehmigten Baugesuch hat die Gemeinde Köniz dem Mobilitäts- und Bewirtschaftungskonzept für das Polizeizentrum Niederwangen (PZB) zugestimmt. Darin wurde nachgewiesen, dass mit dem geplanten Parkplatzangebot von insgesamt 570 Einstellhallen-Parkplätzen und 30 Aussenparkplätzen die Genehmigungsaufgaben aus der Baubewilligung wie auch der Bedarf der Kantonspolizei erfüllt werden können. Für das PZB soll ausschliesslich zertifiziertes Holz aus nachhaltiger Produktion – und wo immer möglich – Schweizer Holz verwendet werden. Dabei ist der Kanton jedoch dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterstellt. Die Vergabe für die Holzarbeiten durch den Totalunternehmer erfolgte im vierten Quartal 2024. Nähere Angaben zu Label und Herkunft des verwendeten Holzes können im kommenden Jahr gemacht werden.	
157-2020 M	Grupp (Biel/Bienne, Grüne) Verbot des Schwerverkehrs auf der Reuchenettestrasse in Biel	30.11.2020 Annahme als Postulat	31.12.2024	Der Bieler Stadtrat hat ein Postulat mit identischem Inhalt als erheblich erklärt. Die Frage einer Sperrung der Reuchenettestrasse für den Schwerverkehr wird im Rahmen der Arbeiten der übergeordneten Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» geklärt. Das Tiefbauamt hat zusammen mit der Stadt Biel / Bienne ein Ingenieurbüro beauftragt, die Möglichkeiten eines Lastwagenverbots und deren Auswirkungen abzuklären. Als Grundlage dienen die Ergebnisse einer Verkehrserhebung in Biel / Bienne und Umgebung, die im Jahr 2023 abgeschlossen werden konnte. Die Resultate der Abklärungen werden Anfang 2025 erwartet.	
211-2020 M	Arn (Muri b. Bern, FDP) Sofortmassnahmen zur Entlastung des AGG im Interesse der Berner Hochschulen	30.11.2020 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2024	Zwischen dem Amt für Grundstücke und Gebäude und der Universität wurde im Dezember 2022 die Leistungsvereinbarung zur Regelung der Zusammenarbeit für Jahresunterhaltsmassnahmen im Sinne eines Pilotversuchs abgeschlossen. Dabei übertrug das kantonale Amt für definierte Gebäude im Eigentum des Kantons Bern die Kompetenz und die Verantwortung für Unterhalts- und Notmassnahmen sowie für betriebsspezifische Anpassungen an die Universität. Der Pilotversuch lief von anfangs 2023 bis Ende 2024. Die Auswertung des Pilots ist noch ausstehend.	
249-2020 M	Wandfluh (SVP, Kandergrund) Lückenlose Aufklärung der Ereignisse in der Region Blausee	01.12.2020	31.12.2024	Das Strafverfahren unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Oberland dauert weiter an. Die Untersuchungen des Grundwassers im Gebiet Mitholz / Blausee durch das AWA zeigten indes keine Belastungen mit Schadstoffen.	

224-2020 P	Riesen (La Neuveville, PSA) Bodenbelastungsprüfungen zum Schutz unserer Kinder	17.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) wurde im September 2021 gestartet. Die Änderung sieht auch die Untersuchung und Sanierung von Kinderspielflächen und öffentlichen Grünflächen vor, falls eine Gefährdung für spielende Kleinkinder besteht. Die Prüfung der Anliegen des Postulates wird gestützt auf der Änderung des USG erfolgen. Nach aktuellem Kenntnisstand dürfte das revidierte USG frühestens im zweiten Halbjahr 2025 in Kraft gesetzt werden.
007-2021 M	DEPU (Roulet Romy, Malleray) Finanzielle Beteiligung des Kantons an den Mehrkosten im Zusammenhang mit der Entsorgung belasteter Böden aus Standorten, deren Belastung über den Prüfwerten liegt	15.06.2021	31.12.2025	Die notwendige Teilrevision des Abfallgesetzes zur Umsetzung der Motion wurde Ende 2021 eingeleitet. Die laufende Revision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) muss jedoch abgewartet werden, da darin das Thema der belasteten Böden geregelt wird. Das revidierte USG dürfte frühestens im zweiten Halbjahr 2025 in Kraft gesetzt werden.
049-2021 M	de Meuron (Thun, Grüne) Mit wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellenbussen Dekarbonisierung im öffentlichen Verkehr beschleunigen!	08.09.2021 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2025	Die Abklärungen der Transportunternehmen zeigen, dass elektrisch betriebene Busse wirtschaftlich und technisch interessanter sind als Busse mit Wasserstoffantrieben. Mit der Anpassung und Verlängerung des Angebotsbeschlusses 2022 – 2026 öffentlicher Verkehr wird die Finanzierung von fossilfreien Bussen in die üblichen Finanzierungsgefässe integriert. Dieser Beschluss wurde vom Regierungsrat im November 2023 z.H. des Grossen Rates verabschiedet. Der Regierungsrat wird zudem im Rahmen des Angebotsbeschlusses öffentlicher Verkehr 2027 – 2030 beziehungsweise im Rahmen des Investitionsrahmenkredits öffentlicher Verkehr 2027 – 2030 verschiedene Massnahmen darlegen. Mit dem neuen CO ₂ -Gesetz sollen auch auf Bundesebene Förderinstrumente festgelegt werden. Die kantonale Finanzierung muss auf diese Instrumente abgestimmt sein.
196-2021 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 09.09.2021 Berücksichtigung der Wasserknappheit bei den Konzessionen für das Kraftwerk Trift und bei der Staumauererhöhung des Grimselsees	15.03.2022	31.12.2025	Die Wasserknappheit wird bei der Überarbeitung der Wasserstrategie vertieft behandelt. Die entsprechenden Arbeiten wurden gestartet und sollen 2025 abgeschlossen werden. Die Konzession für das Kraftwerk Trift als Erweiterung der bestehenden Gesamtkonzession der KWO wurde am 8. Juni 2023 durch den Grossen Rat beschlossen, jedoch angefochten. Das Verfahren ist zurzeit beim Verwaltungsgericht hängig. Ferner hat die KWO das Gesuch für das Projekt «Vergrösserung Grimsensee» eingereicht, das ebenfalls in die bestehende Gesamtkonzession eingebunden werden soll. Der Kanton wird die Anliegen der Motion im Rahmen der Neukonzessionierung der KWO und gestützt auf die dannzumal überarbeitete Wasserstrategie prüfen und gegebenenfalls berücksichtigen.
007-2022 M	Bühler (Liebefeld, Grüne) vom 22.02.2022 31.12.2024 Kreislaufwirtschaft im Kanton Bern in allen Bereichen vorantreiben	08.09.2022	31.12.2026	Die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) sieht Massnahmen im Bereich der Kreislaufwirtschaft zur Schonung von Ressourcen vor. Der Kanton Bern hat die vorgesehenen Massnahmen auf nationaler Ebene in der Vernehmlassung zum USG unterstützt und erachtet sie als geeignet. Die Revision dürfte allerdings frühestens im zweiten Halbjahr 2025 in Kraft treten.
171-2022 M	Die-Mitte (Riem, Iffwil) vom 05.09.2022 Wirtschaftliche und zeitgemässe Unterbringung der Verwaltung im Raum Bern	15.03.2023	31.12.2025	Das AGG hat im Frühling 2022 das Projekt «Räumliche Verwaltungsstrategie Bern» gestartet. Gestützt darauf sind bereits erste Umsetzungsprojekte in Planung. Weitere Projekte werden im Rahmen der erarbeiteten Stossrichtungen gemeinsam mit den Nutzern erarbeitet und konkretisiert.
245-2022 M	Die-Mitte (Riem, Iffwil) vom 28.11.2022 Klare Bestimmungen für die Anwendung von Artikel 9 ÖVG	15.03.2023	31.12.2025	Die BVD hat die in der Motion verlangten Abklärungen durchgeführt und beschlossen, das Anliegen in einer Richtlinie des Regierungsrats umzusetzen. Die entsprechenden Arbeiten laufen derzeit.
248-2022 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 28.11.2022 Weniger Fruchtfolgefäche für den A1-Ausbau Wankdorf-Grauholz auf 8 Spuren	15.03.2023	31.12.2025	Die Bevölkerung hat sich an der Volksabstimmung vom 24. November 2024 gegen das Ausbauprojekt gestellt. Der Vorstoss ist somit als erledigt abzuschreiben.
251-2022 M	Wenger (Spiez, EVP) vom 28.11.2022 Anpassung der Wasserstrategie	08.06.2023	31.12.2025	Der Regierungsrat hat am 14. Dezember 2022 die Überarbeitung der kantonalen Wasserstrategie in Auftrag gegeben. Die in der Motion erwähnten Punkte werden damit umgesetzt. Gemäss Terminplan wird die überarbeitete Wasserstrategie Ende 2025 vom Regierungsrat verabschiedet und im Jahr 2026 dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht.
255-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 30.11.2022 Radweg Mittelhäusern–Schwarzenburg	08.06.2023 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Massnahmen werden aktuell im Rahmen der regionalen Velonetzplanung geprüft. Sollte sich der Radweg als zweckmässige und verhältnismässige Massnahme erweisen, so wird das Projekt im Rahmen der jährlichen Priorisierung der Investitionen des Tiefbauamtes in die Finanzplanung einfließen. Kurzfristig realisierbare Verbesserungen der Verkehrssicherheit auf diesem Streckenabschnitt werden 2025 geprüft.

265-2022 M	Jordi (Bern, SP) vom 05.12.2022 Verkehrsmittel besser verbinden: Förderung von multimodalen Lösungen – auch durch ÖV-Unternehmen!	08.06.2023 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: zurückgezogen Ziffer 2-5: Annahme	31.12.2025	Der Kanton Bern verfügt über niederschwellige Instrumente, um Planungen und Projekte Dritter zu unterstützen. Die Gesuche werden im Sinn der Motion und basierend auf der Gesamtmobilitätsstrategie (GMS) Kanton Bern (GMS) laufend geprüft. Im Rahmen des nächsten ordentlichen ÖV-Angebotsbeschlusses soll aufgezeigt werden, welche Stossrichtungen der Kanton zur multimodalen Mobilität verfolgt und welche Initiativen er dazu unterstützt. Die Arbeiten im Hinblick auf den Angebotsbeschluss 2027 – 2030 laufen derzeit. Der Kanton bietet nach Bedarf Austauschplattformen, welche die Umsetzung der GMS unterstützen (bspw. alternative Antriebe im strassengebundenen ÖV, Harmonisierung Bikesharing-Angebote, schienengebundene City-Cargo-Hubs, Mobilitätsmanagement). Diese Arbeiten werden weitergeführt und laufend optimiert.
292-2022 M	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) vom 08.12.2022 Mehr Kohärenz bei der Energiebeschaffung durch ÖV-Unternehmen	08.06.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Bernmobil hat den Strombedarf für die nächsten fünf Jahre öffentlich-rechtlich ausgeschrieben und im August 2023 den Zuschlag an EWB erteilt. Das Anliegen des Postulats wird im Rahmen der nächsten Revision des IVöBG durch die FIN geprüft.
053-2023 M	Grupp (Biel/Bienne, Grüne) vom 13.03.2023 Bieler Züge gehören nicht aufs Abstellgleis	06.09.2023	31.12.2025	Die zukünftige Perronbelegung im Bahnhof Bern wird im Rahmen der aktuellen Workshops zur Konsolidierung des Angebotskonzepts 2035 geprüft. Dabei strebt der Kanton Bern Lösungen an, bei denen die Gleise 49 und 50 möglichst nicht von regelmässig verkehrenden Zügen belegt werden.
066-2023 M	Said (Biel/Bienne, SP) vom 14.03.2023 Getränkekarton-Recycling	06.09.2023	31.12.2025	Bereits im November 2022 hat die Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern ein flächendeckendes Sammelangebot für gemischte Kunststoffabfälle für alle Berner Gemeinden mitlanciert (vgl. BSIG-Nr. 8/822.1/4.1). Getränkekartons können zusammen mit den Kunststoffabfällen gesammelt werden. Nach der Einführungsphase wird das neue Sammelangebot einer Evaluation unterzogen.
088-2023 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 15.03.2023 Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren im Zusammenhang mit Baudenkmälern	06.09.2023	31.12.2025	Das Anliegen fliesst in die nächste Baugesetzrevision unter Federführung der BVD ein.
113-2023 M	Hess (Nidau, FDP) vom 05.06.2023 SBB-Fahrplan 2025: Stopp dem kontinuierlichen Attraktivitätsverlust der Jurasüdfusslinie – Ja zur Beibehaltung der direkten Zugverbindung Biel–Genf/Flughafen	06.09.2023	31.12.2025	Der Kanton setzt sich im Rahmen der Konsolidierung des Angebotskonzeptes 2035 für das Anliegen der Motion ein. Ziel ist, zusätzlich zu den halbstündlichen Verbindungen Biel / Bienne – Lausanne, stündliche Direktverbindungen Biel / Bienne – Genf Flughafen zu erreichen.
119-2023 P	Grupp (Biel/Bienne, GRÜNE) vom 05.06.2023 Für eine integrierte Wasserbewirtschaftung der Drei-Seen-Region (Bieler-, Neuenburger- und Murtensee)	29.11.2023	31.12.2025	Die sektorielle Zusammenarbeit in der Drei-Seen-Region ist etabliert und funktioniert gut – in der Wasserbewirtschaftung, wie auch in der Trinkwasserversorgung und der Abwasserreinigung. Punktuelle Verbesserungen beispielsweise bei der regionalen Wasserressourcenplanung werden im Rahmen der Überarbeitung der Wasserstrategie berücksichtigt. Die neue Wasserstrategie wird voraussichtlich Ende 2025 vorliegen.
135-2023 M	Remund (Mittelhäusern, GRÜNE) vom 12.06.2023 Energieautonomie der Immobilien des Kantons Bern	29.11.2023	31.12.2025	Das Portfolio der kantonalen Bestandsgebäude wurde auf sein Solarpotential hin analysiert. Gestützt darauf werden nun Massnahmen ermittelt und deren zeitliche Umsetzung geplant, unter Berücksichtigung des Zustands der Bauten und der verfügbaren Mittel. Bei Sanierungen, die bereits in Umsetzung sind, wird die Energieeffizienz der Gebäude immer berücksichtigt.
147-2023 M	de Meuron (Thun, GRÜNE) vom 15.06.2023 Förderung von flächeneffizienten und nachhaltigen Mobilitätsformen anstelle gesetzlicher Fehlanreize zur Parkplatzerstellungspflicht!	29.11.2023 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2 und 3: Ableh- nung	31.12.2025	Die Anliegen des Postulats werden bei der nächsten Revision der Bauverordnung unter Federführung der BVD eingehend geprüft.
151-2023 M	Gerber (Hinterkappelen, GRÜNE) vom 15.06.2023 Gehörlose und hörbehinderte Personen nicht von Durchsagen im ÖV ausschliessen	29.11.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	In Besprechungen zwischen dem Kanton und den Transportunternehmen wurden die Anliegen des Postulats aufgenommen. Die Anliegen des Postulats werden auch weiterhin thematisiert und Lösungen gesucht.
180-2023 M	Klopfenstein (Corgémont, SVP) vom 04.09.2023 Weniger Staus auf der A16 während der Strassensanierungsarbeiten	29.11.2023	31.12.2025	Laut Auskunft des Bundesamts für Strassen (ASTRA) dauern die Sanierungsarbeiten mit vorübergehenden Einschränkungen noch bis September 2026. Im Anschluss wird die Bergspur saniert und für den Verkehr gesperrt, sodass die Talspur mit Gegenverkehr zur Verfügung stehen wird. Das Tiefbauamt steht in regelmässigem Austausch mit dem ASTRA und wird sich bei Bedarf nach seinen Möglichkeiten einbringen, falls Möglichkeiten zur Verbesserung des Verkehrsflusses ersichtlich sind.
183-2023 P	SP-JUSO (Stampfli, Wabern) vom 04.09.2023 Einführung von Nacht-S-Bahnlinien	07.03.2024	31.12.2026	Das Anliegen wird in den laufenden Arbeiten zur Überprüfung des Moonlinerangebots aufgenommen und die Ergebnisse werden in den Angebotsbeschluss 2027-2030 einfließen.

184-2023 M	Lindegger (Roggwil, GRÜNE) vom 04.09.2023 Bahnangebot im Oberaargau stärken	07.03.2024	31.12.2026	Als Folge einer Potenzialstudie wird aktuell unter Federführung der Region Oberaargau eine Machbarkeitsstudie für die Verbindung Zofingen-Langenthal-Solothurn erarbeitet. Mit der mehrheitlich vom Kanton finanzierten Studie soll aufgezeigt werden, unter welchen Voraussetzungen bzw. mit welchen zusätzlichen Massnahmen die Einführung der neuen Verbindung umsetzbar wäre. Die Anliegen der Motion wurden zudem beim Bund eingebracht und werden nach aktuellem Kenntnisstand Bestandteil der Botschaft 26 zum Ausbau der Bahninfrastruktur sein. Darüber hinaus wird die zukünftige Perronbelegung im Bahnhof Bern in aktuellen Workshops zur Konsolidierung des Angebotskonzepts 2035 geprüft. Dabei strebt der Kanton Bern Lösungen an, bei denen die Gleise 49 und 50 möglichst nicht von regelmässig verkehrenden Zügen belegt werden.
198-2023 M	Stampfli (Wabern, SP) vom 06.09.2023 Versiegelte Flächen bei Neubauten reduzieren	07.03.2024	31.12.2026	2024 wurde eine Analyse zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die kantonalen Gebäude erarbeitet. Es wurden Massnahmen definiert, die dazu beitragen sollen, die Auswirkungen zu mildern und Schäden zu Vermeiden. Eine der vorgesehenen Massnahmen ist die Erarbeitung eines neuen Standards für Umgebungsflächen, der unter anderem auch versiegelte Flächen regeln soll.
242-2023 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 27.11.2023 SBB-Ausbau auf der Strecke Wanzwil-Solothurn – Interessen der betroffenen Region wahrnehmen!	07.03.2024	31.12.2026	Die Anliegen der Motion wurde ins entsprechende Plangenehmigungsverfahren auf Bundesebene eingebracht. Sobald die Ergebnisse vorliegen, prüft der Regierungsrat, ob und welche weiteren Massnahmen notwendig sein werden, um eine gute und gegenüber heute mindestens gleichwertige Erschliessung der Region sicherzustellen.
008-2024 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 04.03.2024 Verbesserung der Unterstützung für Gemeinden beim Gewässerunterhalt, einschliesslich der Entfernung von Seegras	05.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Da es im Jahr 2024 keine Seegras-Anhäufungen gab und daher von Seiten Gemeinden keine Unterstützung gefordert war, konnte die Prüfung der Anliegen des Postulats im laufenden Jahr nicht namhaft vorangetrieben werden. Die notwendigen Abklärungen werden im Jahr 2025 fortgeführt.
231-2023 M	Zybach (Spiez, SP) vom 23.11.2023 Barrierefreies Rathaus Bern II	06.06.2024 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2026	Zu Ziffer 1: Das AGG hat eine Machbarkeitsstudie ausgelöst. In einem Variantenstudium werden unterschiedliche Standorte für den Einbau eines Personenaufzugs als Ersatz für den heutigen Treppenlift vertieft geprüft. Dieser Planungsschritt liefert die Grundlage für die Konsultation und die Vorbesprechung des Anliegens mit den betroffenen Fachstellen, insbesondere mit der städtischen Denkmalpflege. Zu Ziffer 2: Bei Baumassnahmen im Rathaus gilt es zum einen den barrierefreien Zugang zu und innerhalb eines öffentlichen Gebäudes zu ermöglichen und zum anderen muss die Bedeutung des Rathauses als Baudenkmal respektiert werden. Aufgrund der Motion wurden bereits verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in Abstimmung mit der städtischen Fachstelle für Denkmalpflege und Procap umgesetzt. Aufgrund der zuvor erwähnten Interessenabwägung wurden folgende Anliegen der als Postulat überwiesenen Motion geprüft, jedoch nicht umgesetzt: Handläufe der Haupttreppe werden nicht ergänzt; der Treppenläufer im Haupttreppenaus bleibt bestehen; die Farbgebung / Oberflächen in den WC-Anlagen Rathauhalle werden nicht verändert.
245-2023 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 30.11.2023 Sicherer Fussgängerübergang «Schachenstrasse» bei der neuen Landi in Lyssach	06.06.2024	31.12.2026	Das Tiefbauamt hat zur Erhöhung der Sicherheit auf der Schachenstrasse einen provisorischen Fussgängerübergang erstellt und diesen seither laufend angepasst und verbessert. Der Baubeginn zur Neugestaltung des Knotens bei der Landi und somit zur Erstellung einer definitiven Fussgängerquerung ist allerdings nach wie vor durch hängige Einsprachen blockiert.
259-2023 M	Rothenbühler (Lauperswil, Die Mitte) vom 06.12.2023 Holzbeschaffung für kantonale Bauten	06.06.2024	31.12.2026	Zur Umsetzung der Motion stellen sich zahlreiche Fragen, die aktuelle geprüft werden. Es liegen aktuell noch keine relevanten Zwischenergebnisse vor.
011-2024 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 04.03.2024 Folgen der wiederholten Überschwemmungen rund um den Bielersee und Massnahmen zu deren Verhinderung und Bewältigung	06.06.2024 Punktweise beschlossenen Ziffer 1 und 2: zurückgezogen Ziffer 3: Annahme Ziffer 4 und 5: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2026	Die Abklärungen hinsichtlich der Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung für die Wiederherstellung von Infrastrukturen nach Hochwasserschäden inkl. der Frage nach möglichen steuerlichen Entlastungen (Ziffer 3 der Motion) wurden gestartet. Es liegen jedoch noch keine Zwischenergebnisse vor.
111-2024 M	Fuhrer-Wyss (Burgistein, SP) vom 03.06.2024 Unterstützung der Pilotprojekte «Entwicklung Grosses Moos»	09.09.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Das Anliegen wird im Rahmen des laufenden Projekts zur Landvergabe des freierwerbenden Landwirtschaftslandes Witzwil geprüft.
115-2024 M	Bösiger (Niederbipp, SVP) vom 03.06.2024 Landwirtschaftsland der JVA Witzwil muss in der landwirtschaftlichen Produktion bleiben	09.09.2024	31.12.2026	Die Motion wird im Rahmen des laufenden Projekts zur Landvergabe in Witzwil umgesetzt. Der Bauernverband sowie weitere Interessengruppen sind in Form eines Sounding-Boards ins Projekt einbezogen.
033-2024 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 05.03.2024 Bahnangebot im Emmental stärken	10.09.2024	31.12.2026	Zu Ziffer 1: Die zukünftige Perronbelegung im Bahnhof Bern wird in den aktuellen Workshops zur Konsolidierung des Angebotskonzepts 2035 geprüft. Dabei strebt der Kanton Bern Lösungen an, bei denen die Gleise 49 und 50 möglichst nicht von regelmässig verkehrenden Zügen belegt werden. Zu Ziffer 2 und 3: Die Anliegen wurden beim Bund eingebracht und sind nach aktuellem Kenntnisstand Bestandteil der Botschaft 26 zum Ausbau der Bahninfrastruktur.

041-2024 M	Ochsenbein (Bévilard, SVP) vom 06.03.2024 Keine Baubewilligungspflicht bei kleinen WP-Anlagen (Luft/Luft- und Luft/Wasser-Wärmepumpen)	10.09.2024	31.12.2026	Das Anliegen der Motion ist das Gleiche wie jenes der Motion 205-2023 «Meldepflicht statt Baubewilligung für Wärmepumpen im Aussenbereich». Es wird durch eine Anpassung der Richtlinien «Baubewilligungsfreie Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien» des Regierungsrates vom Januar 2015 umgesetzt. Die Arbeiten zur Anpassung – die unter der Federführung der WEU stehen – haben begonnen.
063-2024 M	Leuenberger (Uettiligen, EVP) vom 12.03.2024 Öffentlich zugängliche Ladestationen für Elektroautos barrierefrei ausgestalten	10.09.2024	31.12.2026	Das Anliegen fliesst in die nächste Bauverordnungsrevision unter Federführung der BVD ein.
064-2024 M	Leuenberger (Uettiligen, EVP) vom 12.03.2024 Die Mobilität von Menschen mit Behinderung nicht zusätzlich erschweren	10.09.2024 Punktweise beschlossenen Ziffer 1, 2 und 4: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 3: Annahme	31.12.2026	Das Anliegen fliesst in die nächste Strassengesetzrevision ein.
102-2024 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 29.05.2024 Moratorium für Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen bis zur Revision des Eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzes	27.11.2024	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung des Anliegens der Motion wurden aufgenommen.
135-2024 M	Rappa (Burgdorf, Die Mitte) vom 05.06.2024 Gemeindeautonomie für Fussgängerstreifen in Tempo 30 ermöglichen	27.11.2024	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung des Anliegens der Motion wurden aufgenommen.
146-2024 M	de Meuron (Thun, GRÜNE) vom 10.06.2024 Bautechnische Entwicklungen berücksichtigen und Potential für Wohnraum ausschöpfen!	27.11.2024	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung des Anliegens der Motion wurden aufgenommen.
181-2024 M	BaK (von Arx, Spiegel b. Bern) vom 21.08.2024 Gesamtschau und Handlungsoptionen betreffend die Immobilien der Berner Hochschulen	27.11.2024	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Anliegen der Motion wurden aufgenommen.

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022 Zu Ziel 5	05.03.2019	5	SAK (Jost): Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Thema Klimawandel und nachhaltige Wassernutzung im Ziel 5 ("Nachhaltige Entwicklung") der Richtlinien zu berücksichtigen und konkrete Massnahmen in Zusammenarbeit mit Forschung und Wirtschaft zu prüfen. Hintergrund sind die durch den Klimawandel häufiger auftretenden saisonalen Wasserknappheiten. Der Kanton Bern hat durch seine Geografie Möglichkeiten, Wasserreservoir für die Schweiz und sogar über die Landesgrenzen hinaus zur Verfügung zu stellen.	In einem Treffen zwischen den kantonalen Ämtern AWA, LANAT und AUE unter der Leitung der beiden Generalsekretäre der BVD und der WEU wurden die Möglichkeiten und Potenziale diskutiert und eruiert. Für die KWO-Speicherbecken wurde im Vorfeld des Konzessionsverfahrens für das Projekt Trift bereits der Nachweis erbracht, dass die Hauptproblemgebiete im Hinblick auf Trockenheit im Kanton Bern zu weit von den Speicherbecken entfernt sind, als dass sie einen massgebenden Beitrag zum Trockenheitsmanagement leisten könnten (Bericht geo 7/AWA vom 20.07.2017). Zudem wurde in der Frühlingsession 2022 die Motion 196-2021 überwiesen. Zur Erfüllung der Motion werden die Fragen einer nachhaltigen Wassernutzung und -bewirtschaftung in Zusammenhang mit dem Klimawandel im Rahmen der Überarbeitung der kantonalen Wasserstrategie behandelt. Die Strategie wird vom Regierungsrat Ende 2025 verabschiedet und im Jahr 2026 dem Grossen Rat zu Kenntnis gebracht. In diesem Sinne wurden die Anliegen der Planungserklärung geprüft oder werden in Erfüllung der vorerwähnten Motion weiterbehandelt. Die Planungserklärung kann somit als erledigt respektive überführt betrachtet werden.	Erledigt
Strassennetzplan 2022 - 2035		2	Die Projekte 210.20337 Radweg Interlaken-Därigen und 210.20338 Därigen-Leissigen, sollen nach Möglichkeit terminlich so angepasst werden, dass die Synergien mit der Instandsetzung der Autostrasse genutzt werden.	Für die Instandsetzung der Nationalstrasse A8 ist das Bundesamt für Strassen (ASTRA) zuständig. Laut ASTRA wird mit dem Bau nicht vor 2029 begonnen werden. Seit dem Inkrafttreten des Veloweggesetzes ist der Bund auch für die Sicherstellung eines Angebots für den Langsamverkehr entlang der Nationalstrassen zuständig. Das ASTRA stellt ein entsprechendes Angebot entlang der A8 zur Verfügung.. Es obliegt somit dem Kanton, ein alternatives Angebot abseits der A8 zu planen und zu realisieren. Das ASTRA und das Tiefbauamt werden das weitere, aufeinander abgestimmte Vorgehen festlegen. Dabei wird das Ausnutzen der Synergien mit der Instandsetzung der Nationalstrasse von zentraler Bedeutung sein. Voraussetzung ist, dass die Regionalkonferenz Oberland Ost ein Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr 5. Generation einreichen wird, damit für die Realisierung des Projekts gegebenenfalls Bundesbeiträge aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF beansprucht werden können. Zudem hat das ASTRA Interessensbeiträge an einen abseits der Nationalstrasse verlaufenden Veloweg in Aussicht gestellt.	In Bearbeitung

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
2019.BVE.9873 Bildungscampus Burgdorf, Technische Fachschule Bern und Gymnasium. Verpflichtungskredit für die Projektierung inkl. Ausschreibung	Winter 2019	Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.	Im Rahmen der gesamtkantonalen Priorisierung wurde der Verzicht auf das Projekt beschlossen. Es wurde deshalb umgehend gestoppt. Die Auflage ist mit dem entsprechenden Grossratsbeschluss der Wintersession 2024 hinfällig.	erledigt
		Das Projekt ist nach Möglichkeit mit Schweizer Holz zu realisieren.	Im Rahmen der gesamtkantonalen Priorisierung wurde der Verzicht auf das Projekt beschlossen. Es wurde deshalb umgehend gestoppt. Die Auflage ist mit dem entsprechenden Grossratsbeschluss der Wintersession 2024 hinfällig.	erledigt
2019.BVE.11234 Bern, Uni Muesmatt, Neubau Naturwissenschaften. Verpflichtungskredit für die Projektierung und Ausschreibung	Sommer 2020	Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.	Das Projekt wurde im Rahmen der Priorisierung der Investitionsvorhaben im Hochbau verschoben. Die Projektierung wurde deshalb noch nicht gestartet.	In Bearbeitung
		Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat bis zur Wintersession 2020 hinsichtlich des überarbeiteten Investitionsprogramms.		In Bearbeitung
2020.BVD.4550 Beschluss über das Angebot im öffentlichen Verkehr für die Fahrplanperioden 2022 bis 2025	Frühling 2021	Um seine eigenen Grundsätze zum Angebot im öffentlichen Verkehr und insbesondere auch die Umsetzung der eigenen, kantonalen Mobilitätsstrategie, welche insbesondere einen weitreichenden "Modal-Shift" zahlreicher Verkehrsteilnehmenden verlangt, zu erfüllen, ist das Angebot des öffentlichen Verkehrs vorausschauend und insbesondere aus den regionalen Zentren zu den Kantonshauptorten hin, auf den nächsten Angebotsabschluss zu optimieren.	Wird im Angebotsbeschluss 2027-2030 umgesetzt, der in der Frühjahrs-session 2026 behandelt wird	In Bearbeitung
2021.BVD.1419 Bern, Bremgartenstrasse 131-137, Gymnasium Neufeld / Sanierung und Ersatzneubau	Frühling 2022	Alle Dachflächen, welche gut oder sehr gut geeignet sind (Webseite des Bundes), sind mit einer Solaranlage zu belegen. Die Dachkonstruktion ist entsprechend auszulegen. Die Dachflächen können auch an ein entsprechendes Unternehmen vermietet werden, welches die Solaranlage auf eigene Rechnung erstellt.	Die aktuelle Planung sieht vor, dass auf allen Bestandsgebäuden (Hauptgebäude, Turnhalle, Aula) und auch auf der Dachfläche des Ersatzneubaus eine Solaranlage installiert wird. Für die Anordnung sind die baurechtlichen und denkmalpflegerischen Anforderungen berücksichtigt worden und die mögliche Fläche wurde maximiert. Die Vermietung an Externe ist nicht vorgesehen, weil der Kanton sein Photovoltaik-Potenzial möglichst selbst nutzt.	erledigt
		Im Rahmen des Wettbewerbs ist die Erweiterbarkeit des Gebäudevolumens des Neubaus aufzuzeigen.	Im Rahmen des Wettbewerbs wurde die Aufgabe gestellt, eine mögliche Aufstockung des Volumens zu prüfen. Eine Aufstockung des Ersatzneubaus wird als derzeit nicht bewilligungsfähig angesehen. Der Neubau wird indes statisch so angelegt, dass eine spätere Aufstockung möglich bleibt. Das Gebäudevolumen ist beim Siegerprojekt somit grundsätzlich erweiterbar.	erledigt
2021.BVD.4408 Biel, Wasenstrasse 1, 7, 9 und 11, Gesamtsanierung Berufsbildungszentrum Biel (BBZ)	Sommer 2022	Dem Projektierungskredit wird unter der Auflage zugestimmt, dass die geeignete Dachfläche für die Nutzung von Solarenergie (Solarthermie oder Photovoltaik) genutzt wird.	Die Auflage wird im Rahmen der Projektierung umgesetzt und die geeigneten Dachflächen mit Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bestückt. Dies entspricht der neuen Praxis, bei kantonalen Bau- und Sanierungsprojekten die grösstmögliche nutzbare Fläche auf Dächern mit PV-Anlagen zu belegen. Im Rahmen des Ausführungskredits wird der Regierungsrat die geplante Umsetzung aufzeigen.	In Bearbeitung
		Im Falle einer Solarthermieanlage ist die Einspeisung von Überschüssen ins Fernwärmenetz zu prüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind der BaK im Rahmen des Ausführungskredits vorzulegen.	Die Prüfung erfolgt im Rahmen der zurzeit laufenden Projektierung.	In Bearbeitung

2021.BVD.4839 BLS Schifffahrt; Kantonsbeitrag zur Beschaffung eines neuen Passagierschiffes MS Thunersee	Winter 2022	Der Kantonsbeitrag von CHF 14 432 000 wird mit folgender Auflage bewilligt: Der Regierungsrat stellt sicher, dass im Fall eines Verkaufs der BLS Schifffahrt AG der vom Kanton und den Gemeinden geleistete Beitrag zur Beschaffung des Passagierschiffs anteilmässig rückgezahlt wird.	Ein entsprechender Passus wurde in die Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und der BLS Schifffahrt AG aufgenommen. Anfangs 2024 erfolgte die Unterzeichnung der Vereinbarung.	erledigt
		Die BLS Schifffahrt hat sich angemessen an den Beschaffungskosten zu beteiligen.	Die BLS Schifffahrt AG hat der BVD im Februar 2023 schriftlich eine Verdoppelung ihres ursprünglich vorgesehenen Beitrags auf CHF 0.8 Mio. zugesichert. Zusätzlich werden die erwarteten teuerungsbedingten Mehrkosten ebenfalls durch die BLS Schifffahrt AG getragen.	erledigt
2022.BVD.193 Köniz, Businesspark Liebefeld, Gymnasien Bern, Verpflichtungskredit für Aniemte, Mieterausbau und Ausstattung	Frühling 2023	Die kantonale Schulraumplanung muss längerfristig und rollend ausgestaltet werden und ist den zuständigen Kommissionen vorzustellen.	Mit dem Ziel einer höheren Planungssicherheit hat die BKD beim Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG regionalisierte Bildungsszenarien für die Mittelschulen des Kantons Bern bis 2040 erarbeiten lassen. Dies im Sinne der rollenden Planung und der Schärfung der Langfristprognose. Geplant ist künftig ein jährliches Update anhand der aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) sowie des Kantons Bern zur (regionalisierten) Bevölkerungsprognose. Sowohl der BiK als auch der BaK wurde im Mai respektive im Juli 2024 der Bericht des Büro BASS vorgestellt. Im September 2024 hat die BVD gegenüber den beiden Kommissionen den kurzfristigen Raumbedarf präzisiert. Es ist vorgesehen, die beiden Kommissionen im ersten Quartal 2025 erneut über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Schulraum- und Sporthallenplanung zu informieren.	In Bearbeitung
		Die kantonale Schulraumplanung muss mit Szenarien rechnen, so dass frühzeitig erkennbar wird, welche Auswirkungen es auf den Schulraumbedarf hat, wenn sich die Planungsparameter stärker verändern als erwartet. Diesen Szenarien ist in der Investitionsplanung Rechnung zu tragen.		In Bearbeitung
2022.BVD.5677 Tavannes, Rue H. F. Sandoz 80, Tavannes Machines, Verpflichtungskredit für den Kauf der Liegenschaft und die Projektierung von Sanierung und Ausbau	Frühling 2023	Die Liegenschaft Tavannes Machines wird mit der Auflage gekauft, das Grundstück optimal mit Verwaltungseinheiten des Kantons zu belegen.	Mit dem Ausführungskredit, den der Grosse Rat in der Herbstsession 2023 bewilligt hat, wurden indirekt die zukünftigen kantonalen Nutzer bestimmt. Mit der dauerhaften Verortung der Justiz in der Tavannes Machines aufgrund des Verzichts auf das Centre Justice et Police wird das Gebäude ausgelastet und die Auflage damit erfüllt.	erledigt
2022.BVD.6820 Biel, Berner Fachhochschule BFH, Neubau Campus, 2. Zusatzkredit für die Realisierung	Sommer 2023	Den Zusatzkredit für den BFH Campus Biel um CHF 1.5 Mio. für Schweizer und Bernerholz zu erhöhen.	Die zusätzlichen CHF 1.5 Mio. des Zusatzkredits ermöglichen es nicht, ausschliesslich Schweizer Holz zu verwenden. Mit dem Totalunternehmen wurde definiert, welche Bereiche des Campus aus Schweizer Holz gebaut werden. Für diese Bauteile wird eine Teilzertifizierung mit dem Label «Schweizer Holz» beantragt. Aufgrund der ordentlichen Kriterien des Amt für Grundstücke und Gebäude ist darüber hinaus sichergestellt, dass ausschliesslich Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern eingesetzt werden darf.	erledigt
		Zustimmung unter Vorbehalt, dass die Finanzierung des Vorhabens im Rahmen der gesamtkantonalen Investitionsplanung sichergestellt ist.	Die Investitionen sind in der GKIP eingestellt.	erledigt
2023.BVD.305 Avenir Berne romande, Reconvilier, Neubau Centre Justice Police (CJP), Verpflichtungskredit für das Auswahlverfahren und die Projektierung	Herbst 2023	Für den Neubau Centre Justice Police gilt ein Mobilitätskonzept entsprechend dem Polizeizentrum Niederwangen.	Im Rahmen der gesamtkantonalen Priorisierung wurde der Verzicht auf das Projekt beschlossen. Es wurde deshalb umgehend gestoppt. Die Auflage ist mit dem entsprechenden Grossratsbeschluss der Wintersession 2024 hinfällig.	erledigt
		Zuhanden der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) und der Justizkommission (JuKo) ist bis im Frühjahr 2024 über die Auslastung der Gerichtssäle des Kantons Bern und über die Methodik zur Erhebung der Auslastung Bericht zu erstatten. Die Erkenntnisse aus dem Bericht fliessen in die laufenden Projekte ein, insbesondere in die Projektierung des Centre Justice Police und, sofern terminlich möglich, in die Ausführung des Provisoriums für die Justiz in Biel.	Die Auslastung der Gerichtssäle des Kantons Bern wurden im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines Provisoriums in Biel / Bienne für das Regionalgericht erhoben. Diese Angaben der JUS wurden bereits kommuniziert. Im Rahmen der gesamtkantonalen Priorisierung wurde der Verzicht auf das Centre Justice und Police beschlossen, womit der Forderung, die Erkenntnisse der Auslastungserhebung in der Projektierung zu berücksichtigen, nicht nachgekommen werden kann.	erledigt
		Für die Projektierung des Neubaus Centre Justice Police wird ein Projektwettbewerb durchgeführt.	Im Rahmen der gesamtkantonalen Priorisierung wurde der Verzicht auf das Projekt beschlossen. Es wurde deshalb umgehend gestoppt. Die Auflage ist mit dem entsprechenden Grossratsbeschluss der Wintersession 2024 hinfällig.	erledigt

		Im Rahmen der Projektstudie und des Auswahlverfahrens wird eine Variante mit Schweizer Holz gefordert.	Im Rahmen der gesamtkantonalen Priorisierung wurde der Verzicht auf das Projekt beschlossen. Es wurde deshalb umgehend gestoppt. Die Auflage ist mit dem entsprechenden Grossratsbeschluss der Wintersession 2024 hinfällig.	erledigt
2022.BVD.6819 Münchenbuchsee, Hofwil, Hofwilstrasse, Erweiterung Gymnasium, Verpflichtungskredit für die Ausführung	Herbst 2023	Die vollständige oder teilweise Vermietung der Dreifachturnhalle an Dritte, insbesondere an Vereine oder für grössere Anlässe ausserhalb der Schulzeiten, wird proaktiv gefördert, soweit die Dreifachturnhalle nicht für den Schulunterricht benötigt wird.	Die neuen Turnhallen sollen wie bereits heute auch künftig der Gemeinde und den Vereinen zur Verfügung gestellt werden.	erledigt
2023.BVD.4235 Zu erneuernde Ausgabenbewilligungen für die Weiterführung bestehender kantonalen Anmieten in der Ausgabenkompetenz des Grossen Rates. Sammelbeschluss 2024 für Verpflichtungskredite.	Frühling 2024	Vor einer Verlängerung des Mietvertrags für die Salzhausstrasse 21 über den 31.08.2029 hinaus und insbesondere rechtzeitig für eine allfällige Kündigung dieses Mietvertrags per 31. August 2029 legt der Regierungsrat dem Grossen Rat die effektive Entwicklung der Schüler/-innen-Zahlen des ceff am Standort Salzhausstrasse 18 und eine aktualisierte Prognose der weiteren Entwicklung vor. Es werden keine bindenden Mietverträge über August 2029 abgeschlossen.	Aktuell zeichnet sich ab, dass die Schülerzahl des Ceff Artisanat am vorgesehenen Bezugstermin der Salzhausstrasse 18 in Biel / Bienne Mitte 2026 mindestens gleich hoch ist wie heute in Moutier. Der aktuelle Trend zeigt sogar einen leichten Zuwachs. Das Ceff wird voraussichtlich wie vorgesehen die Gesamtfläche beanspruchen. Eine Abmiete der Salzhausstrasse 21 ist demzufolge nicht möglich.	In Bearbeitung
2023.BVD.1432 Stettlen, Bernapark, Kantonales Laboratorium und Pharmazeutisches Kontrolllabor	Frühling 2024	Auf Grund der hohen Investitionen sollen die beiden Nutzer längerfristig im Bernapark verbleiben, ausser es bietet sich in einer kantonseigenen Liegenschaft eine günstigere Lösung an.	Die beiden Labore werden definitiv – d.h. langfristig – im Bernapark untergebracht. Der aktuelle Mietvertrag läuft bis Ende 2036 mit zwei Optionen zur Verlängerung um je 5 Jahre. Somit ist die Unterbringung bis 2046 gesichert. Per 2036 wird geprüft werden, ob sich eine günstigere Lösung in einer kantonseigenen Liegenschaft anbietet.	erledigt
2022.BVD.5216 Avenir Berne romande, Biel/Bienne, Salzhausstrasse 18, Centre de formation professionnelle Berne francophone (ceff). Verpflichtungskredit für die Anmiete	Frühling 2024	Liegen die effektiven Schüler/-innen-Zahlen tiefer und bestehen daher auch mittelfristig vom Kanton gemietete Leerflächen an der Salzhausstrasse 18, Biel, so legt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Abmiete von Standorten im Perimeter Bahnhof Biel zugunsten der Salzhausstrasse 18 vor. Die zuständigen Kommissionen werden jährlich über den Stand der Dinge informiert.	Aktuell zeichnet sich ab, dass die Schülerzahl des Ceff Artisanat am vorgesehenen Bezugstermin der Salzhausstrasse 18 in Biel / Bienne Mitte 2026 mindestens gleich hoch ist wie heute in Moutier. Der aktuelle Trend zeigt sogar einen leichten Zuwachs. Das Ceff wird voraussichtlich wie vorgesehen die Gesamtfläche beanspruchen.	In Bearbeitung
2023.BVD.6133 Burgdorf, Jlcoweg 1, Umbau TecLab	Sommer 2024	Im Rahmen der Projektierung ist eine Angebots- und Bedarfsanalyse inkl. Wirtschaftlichkeitsrechnung für eine neuen Produktionsküche durchzuführen, auch unter Einbezug der umliegenden weiteren Anbieter/Küchen und möglicher externer Kundschaft im Einzugsperimeter. Wird am Bau einer Produktionsküche festgehalten, ist aufzuzeigen, nach welchem Konzept und mit welchen möglichen Betreibern die Gastronomie bewirtschaftet werden soll.	Diese Auflage wird im Zuge des Vorprojekts, das nach Ablauf des fakultativen Finanzreferendums erfolgt, bearbeitet.	In Bearbeitung
		– Der Kredit steht unter dem Vorbehalt, dass die notwendigen Gesamtinvestitionen im Rahmen der Priorisierung der gesamtsstaatlichen Investitionen 2024 bereitgestellt werden. – Die Mittel werden nur freigegeben, wenn das Projekt auch nach der Priorisierung der Investitionen gemäss Ziffer 1a und deren Behandlung in der Debatte des Grossen Rates zum BU 25/AFP 2026-28 weiterverfolgt wird.	Die notwendigen Mittel sind eingestellt.	erledigt
2023.BVD.5909 Ins, Lindenhof, Ersatzneubauten Landwirtschaft und Aussenwohngruppen	Sommer 2024	Im Rahmen der Projektierung der Ersatzneubauten für die Landwirtschaft soll die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit einer Biogasanlage geprüft werden. Das Prüfergebn ist der zuständigen Kommission (BaK) bei der Vorberatung des Ausführungskredits für den Heizungersatz in der JVA Witzwil vorzulegen.	Die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit einer Biogasanlage wurde geprüft und der BaK am 15.08.2024 vorgestellt.	erledigt
2024.BVD.578 Köniz, Kirchstrasse 62-78, Gymnasium Lerbermatt, Sporthallenprovisorium (Nachnutzung Traglufthalles)	Sommer 2024	Der Kredit steht unter dem Vorbehalt, dass die notwendigen Gesamtinvestitionen im Rahmen der Priorisierung der gesamtsstaatlichen Investitionen 2024 bereitgestellt werden.	Die notwendigen Mittel sind eingestellt.	erledigt

2023.BVD.7372, Justizvollzugsanstalt, Witzwil, Lindenhof 43, Heizungsersatz	Herbst 2024	- Bei der Realisierung der neuen Heizung wird die Erweiterbarkeit durch eine Biogasanlage sichergestellt, sofern dies nicht mit wesentlichem Mehraufwand verbunden ist. - Der Regierungsrat wird beauftragt, die Ergänzung durch eine Biogasanlage aus einer Gesamtsicht zu prüfen. Dabei sollen die Wirtschaftlichkeit und die ökologische Leistung unter Berücksichtigung aktueller Forschungsergebnisse einbezogen werden. Die zuständige Direktion erstattet der BaK Bericht. - Bei positivem Ergebnis legt die BVD dem finanzkompetenten Organ einen Kredit zur Ausführung einer Biogasanlage vor.	Die Erweiterbarkeit der Heizungsanlage durch eine Biogasanlage wird sichergestellt. Die beiden neuen Heizkessel müssen so angeordnet werden, dass auch noch ein dritter Platz findet und es braucht bei den Wassertechnikern zusätzliche Stützen. Die Abklärungen zur Gesamtsicht hinsichtlich einer Biogasanlage dauern noch an.	In Bearbeitung
		Bei der Realisierung der neuen Wärmeerzeugung (Heizung und Warmwasser) wird die Erweiterbarkeit durch eine Solarthermieanlage sichergestellt, sofern dies nicht mit wesentlichem Mehraufwand verbunden ist.	Die Erweiterbarkeit durch eine Solarthermieanlage wird derzeit geprüft.	In Bearbeitung
		Die Mittel aus dem Kredit dürfen erst verwendet werden, wenn der Grosse Rat in der Wintersession die Investitionspriorisierung behandelt hat und das vorliegende Projekt im Rahmen der Investitionspriorisierung nicht gestrichen wird.	Das Projekt wurde bestätigt.	erledigt
2024.BVD.289 Bern, Freiburgstrasse 7, Zahnmedizinische Kliniken, Umbau Studierendenklinik	Herbst 2024	Die Mittel aus dem Kredit dürfen erst verwendet werden, wenn der Grosse Rat in der Wintersession die Investitionspriorisierung behandelt hat und das vorliegende Projekt im Rahmen der Investitionspriorisierung nicht gestrichen wird.	Das Projekt wurde bestätigt.	erledigt
2023.BVD.6163 Bern, Universität, Vetsuisse Fakultät, Isolationsseinheiten für das Tierspital	Winter 2024	Der Regierungsrat erarbeitet bis Ende 2025 konkrete Vorschläge für den langfristigen Standort des Tierspitals und informiert die zuständigen Kommissionen darüber.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden aufgenommen.	In Bearbeitung
2024.BVD.2180 Bern, Weyermannshaus, Berner Fachhochschule, Neubau Campus	Winter 2024	Bei allfälligen weiteren Zusatzkrediten für das vorliegende Projekt sind Szenarien der Redimensionierung vorzeitig zu planen und im dazugehörigen Vortrag auszuweisen, so dass dem Grossen Rat eine transparente Entscheidungsgrundlage vorliegt.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden aufgenommen.	In Bearbeitung
2023.BVD.5414 Langenthal, Weststrasse 17-23, Bildungscampus Langenthal (1. Etappe), Sanierung Gymnasium	Winter 2024	Bei Ausführungs- und Zusatzkrediten für Bauprojekte im Bildungsbereich muss künftig der Bedarf anhand der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Schülerinnen- und Schülerzahlen berechnet, im Vortrag transparent dargelegt und allfällige Auswirkungen auf das Projekt beschrieben werden.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden aufgenommen.	In Bearbeitung
2024.BVD.4055 Avenir Berne Romande, Tavannes Machines SA; Baupolizeiliches Verfahren	Winter 2024	Der Kauf und dessen Vorbereitungshandlungen des Kantons Bern für das Objekt «Tavannes Machines SA» (Rue H.F. Sandoz 80, Tavannes) ist aufsichtsrechtlich durch die zuständige Parlamentskommission GPK aufzuarbeiten.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden aufgenommen.	In Bearbeitung